Zeitschrift: Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural

Herausgeber: Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF)

Band: 91 (1993)

Heft: 4: Ländliche Entwicklung und Umweltschutz in Polen = Développement rural et protection de l'environnement en Pologne = Wybrane problemy rozwoju terenów wiejskich i ochrony srodowiska w Polsce

Artikel: Aktuelle Probleme Polens

Autor: Glatthard, T. / Pijanowski, Z.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-234949

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aktuelle Probleme Polens

Th. Glatthard, Z. Pijanowski

Die Landkarte Mittel- und Osteuropas hat sich radikal verändert. Alle Nachbarländer Polens sind in den letzten drei Jahren durch neue ersetzt worden. Die Umstrukturierung der Wirtschaft hat in allen Reformländern zu Produktionseinbrüchen, Arbeitslosigkeit und Inflation geführt. In Polen zeigen sich inzwischen die ersten Anzeichen für eine Stabilisierung und einen Aufschwung der Wirtschaft.

La carte géographique de l'Europe centrale et de l'Europe de l'est a profondément changé. Au cours de ces trois dernières années, tous les pays voisins de la Pologne ont été remplacés par de nouveaux états. La restructuration de l'économie a eu pour effet de provoquer dans les pays faisant l'objet de réformes des chutes dans la production, du chômage, de l'inflation. Entre-temps sont apparus en Pologne les premiers signes d'une stabilisation et d'une relance de l'économie.

W ciągu ostatnich trzech lat mapa Europy Środkowej i Wschodniej zmieniła się radykalnie. Na miejscu wszystkich sąsiadujących z Polską krajów powstały nowe państwa. Restrukturyzacja gospodarki w reformowanych krajach doprowadziła do załamania się produkcji, bezrobocia i inflacji. W Polsce tymczasem pokazały się pierwsze oznaki stabilizacji i ożywienia gospodarczego.

Polen steht wie die übrigen mittel- und osteuropäischen Reformländer mitten in einem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neubeginn. Während sich die Staatsgebilde der meisten übrigen Reformländer mehr oder weniger friedlich auflösen und verändern, ist Polen – zum ersten Mal in diesem Jahrhundert in einer Umbruchphase Europas – kein Krisengebiet. Im Gegensatz zur Zeit nach den Weltkriegen bestehen keine Grenzstreitigkeiten und keine Minderheitenkonflikte. Die sogenannte Dritte Republik muss «nur noch mit sich selbst ins reine kommen, das heisst, effiziente politische Strukturen aufbauen und ihre Wirtschaft so in den Griff bekommen, dass die sozialen Spannungen nicht die Grenze normaler Interessenkonflikte überschreiten», meint ein polnischer Politikbeobachter [6].

Der innenpolitische Aufbau erfordert Zeit, Erfahrung und das Vertrauen der Gesellschaft in die neuen Eliten. Unklare Kompetenzverteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament führten denn auch verschiedentlich zu politischen Spannungen, wie etwa im Frühjahr 1992, als die Koalitionsregierung Olszewskis zu bröckeln begann und Hanna Suchocka Ministerpräsidentin wurde. «Das Land mag an politischer Unübersichtlichkeit, an der Ineffizienz der immer noch unfertigen politischen Strukturen und unter unvermeidbaren sozialen Verwerfungen leiden, doch es umschifft diese Klippen, ohne an ihnen zu zerschellen. Denn letztendlich setzt die polnische Gesellschaft ohnehin in erster Linie auf sich selbst. Während im Sejm (Parlament) noch über die Priviatisierung der Staatsbetriebe debattiert wurde, entstanden weit über zwei Millionen neue Arbeitsplätze im privaten Sektor, in dem Mitte 1992 auch bereits mehr Arbeitnehmer beschäftigt waren als im staatlichen» [6].

Der Beginn der Reformen

Der Übergang von der zentral verwalteten Wirtschaft zur Marktwirtschaft verläuft in keinem Land reibungslos und führte überall zu Produktionseinbrüchen, Arbeitslosigkeit und Inflation. Anfang 1990 wurde in Polen ein radikales Reformprogramm für die Wirtschaft eingeleitet. In den beiden ersten Reformjahren verzeichnete Polen einen Produktionseinbruch mit rund 35%. Die Umstrukturierung der Wirtschaft beendete in weiten Bereichen die zuvor verbreitete Unterbeschäftigung, führte dafür jedoch zum rapiden Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit (über 13%; 2,5 Mio. Personen). Die Einkommensentwicklung blieb für den Grossteil der noch Erwerbstätigen hinter den rapiden Preissteigerungen zurück, was zu erheblichen Reallohnverlusten führte.

Ähnlich wie in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten bildeten sich im Verlauf der bisherigen Reformanstrengungen gefährliche «Schuldenketten» quer durch die gesamte Volkswirtschaft. Viele marode Staatsbetriebe befinden sich in einem Schwebezustand zwischen nur noch schwacher staatlicher Kontrolle und noch nicht erfolgter Privatisierung. Das Management, die Selbstverwaltungsorgane der Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben unter diesen Umständen auf die schwere Rezession oft nicht mit Sanierungs- und Umstrukturierungsmassnahmen reagiert, sondern sich unter anderem mit Hilfe einer exzessiven gegenseitigen Gewährung von Krediten zwischen befreundeten Banken und Unternehmen durchgemogelt. Mit einem Entschuldungsgesetz sollen nun die überlebensfähigen Betriebe und das Banksystem entlastet werden. Weitere Massnahmen betreffen die Beschleunigung der Privatisierungen.

Kohlebergbau

Ein besonderer Krisenstand Polens bildet der Kohlebergbau, der regional stark in Schlesien konzentriert ist. Der massive Produktionsrückgang ist durch den Ausfall eines Teils der ehemaligen Absatzmärkte in Osteuropa, den Abbau von Subventionen und die Diversifikation der Energieversorgung bedingt. Viele Zechen sind technisch veraltet und verwenden arbeits- und kostenintensive Fördermethoden. Restrukturierungspläne der Regierung sahen vor, die Produktivität zu steigern, indem bis im Jahre 2005 bei einer stagnierenden Jahresproduktion von rund 135 Mio. Tonnen die Belegschaft auf rund 170 000 Personen halbiert werden sollte. Die rund 70 Kohlezechen sollten in sieben Holdingsgesellschaften zusammengefasst werden, wobei einzelne unrentable Bergwerke geschlossen würden. Solche rigorosen Massnahmen führten wiederholt zu Bergarbeiterstreiks. Das Konzept in dieser Form wurde im Dezember 1992 durch das Parlament abgelehnt.

Landwirtschaft

Bereits vor der Reform befanden sich 77% des landwirtschaftlichen Bodens im Eigentum von privaten Bewirtschaftern. Heute sind es rund 80% und die Privatisierung geht weiter. Rund 1400 staatliche Güter und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften müssen noch privatisiert werden.

In der Praxis stellen sich aber neue Probleme: Die Betriebe waren und sind immer noch abhängig von den Monopolen bei der Vermarktung ihrer Produkte, so dass von einer freien Marktwirtschaft keine Rede sein kann. Zudem ist die polnische Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig mit Weltmarktprodukten. Der Arbeitsaufwand ist zu hoch, die Getreideerträge, die Milchleistung usw. sind weit hinter den westlichen Ländern zurück.

1992 führte die sommerliche Trockenheit und der kostenbedingte massive Rückgang des Düngereinsatzes zu einem Rückgang der Getreideproduktion um 28% und der gesamten Agrarproduktion um 14%. Getreide und Futtermittel mussten in grossen Mengen importiert werden.

Die notwendige, tiefgreifende Umgestaltung der polnischen Landwirtschaft betrifft weniger die Eigentumsfrage als vielmehr die Landwirtschaftsstruktur. Die neue Landwirtschaftspolitik setzt denn auch auf die westliche Zusammenarbeit. Im Oktober 1990 beriet die polnische Regierung mit den Vertretern der westlichen Indu-

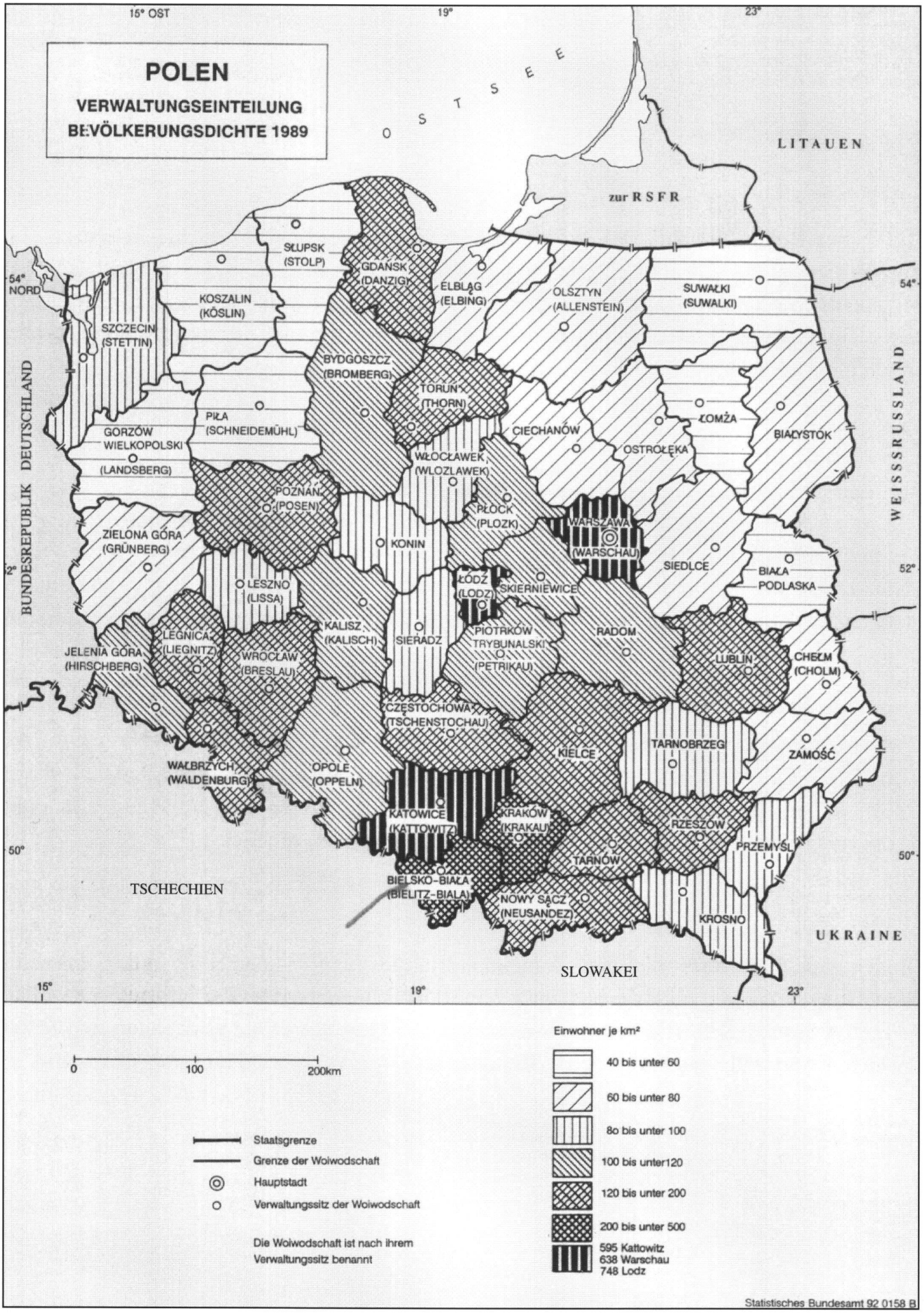

Abb. 1: Polen: Wojewodschaften und Bevölkerungsdichte (1989; Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat [1]).
Fig. 1: Pologne: Wojewode («départements» polonais) et densités de population (1989; source: office fédéral de la statistique, Eurostat [1]).
Rys. 1: Podział adminstracyjny Polski i gęstość zaludnienia [1].

strienationen in Brüssel über die Unterstützung der polnischen Landwirtschaft beim Übergang zur Marktwirtschaft. Das Resultat waren ein Beschluss und ein Dokument «Agrarstrategie für Polen».
Im Oktober 1992 verabschiedete die Regierung ein Dokument «Die Chancen für die Landbevölkerung und die Landwirtschaft» mit einem Prioritätsprogramm und allgemeinen Grundsätzen der Agrarpolitik. Das Tempo zur Einführung von Verbesserungen unter den in Polen herrschenden Bedingungen wird jedoch als sehr langsam eingeschätzt. Insbesondere wäre eine allgemeine Belebung der Wirtschaft nötig, durch die für die Leute, die die Landwirtschaft verlassen, neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Auslandhilfe

Auslandhilfe in Form von Krediten und Schuldenerlass unterstützt die polnischen Reformbestrebungen. Im März 1991 erklärten sich die wichtigsten Kreditgeberländer (auch die Schweiz) bereit, auf 50% der öffentlichen Forderungen zu verzichten. Gleichzeitig wurden zur Unterstützung der Reformvorhaben umfangreiche Kredite zugesagt. Der Internationale Währungsfond hat Anfang 1993 ein neues Kreditabkommen zugesichert.
Die Schweiz genehmigte bereits 1990 einen 250-Millionen-Kredit als Soforthilfe für Osteuropa. In Polen wurde ein Projekt für die Modernisierung des Grosshandels unterstützt: die Markthalle in Poznań (Posen) für Produzenten von Gemüse und Blumen konnte im November 1992 eröffnet werden. Ähnliche Hallen sollen nun auch in anderen Städten realisiert werden.

Erste Erfolge

Ende 1992 zeigten sich in Polens Wirtschaft erstmals seit Beginn der seit fast drei Jahren anhaltenden Anpassungskrise Anzeichen der Erholung. Polen hat 1992 als erstes der Reformländer einen Anstieg der Industrieproduktion und des Bruttoinlandproduktes verzeichnet [3].
Während die Landwirtschaft und die Schwerindustrie noch weitere Einbrüche zu verzeichnen hatten, zeigten die Bauwirtschaft bereits 1991, die Holz-, Papier- und Nahrungsindustrie 1992 hohe Produktionszunahmen. 1992 wurde gesamthaft 2% mehr produziert als 1991 (1991 noch ein Rückgang um 12% gegenüber 1990). Das Wachstum der Arbeitsleistung beträgt sogar 14%.
Zu den wichtigsten Trägern des Aufschwungs gehören der rasch wachsende private Sektor, der bereits gegen 50% zum Bruttoinlandprodukt beitragen dürfte, sowie der Export, welcher in den ersten drei Quartalen 1992 real um 11,8% zugelegt hat.
In der Privatwirtschaft sind bereits 58% aller Beschäftigten tätig. Die Anteile der privaten Betriebe betragen in der Industrie 29%, in der Bauwirtschaft 77%, im Einzelhandel 80%, in der Landwirtschaft 80%. Private Exporteure sind am gesamten Export mit 20% vertreten, private Importeure am gesamten Import mit 50%.
Diese im Vergleich mit anderen Reformländern hohen Prozentsätze sind zum Teil auf den in Polen traditionell grossen Anteil privater Betriebe in der Landwirtschaft, aber auch auf die Privatisierung kleiner Staatsbetriebe und zahlreiche Neugründungen im Handel und im Baugewerbe zurückzuführen. Die Entstaatlichung der grossen Industriekonzerne verläuft dagegen weiterhin schleppend, so dass die Industrie erst zu 29% durch Privatunternehmen getragen wird.
Dank der raschen Umorientierung des Aussenhandels Richtung Westen gehen bereits über 50% der Exporte in die EG-Länder. Bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatte Polen begonnen, die Aussenhandelsströme Richtung Westen, insbesondere zu den EG-Mitgliedstaaten umzustrukturieren. Der Aussenhandel ist gesamthaft stark gestiegen und weist neu einen knappen Exportüberschuss auf. Für

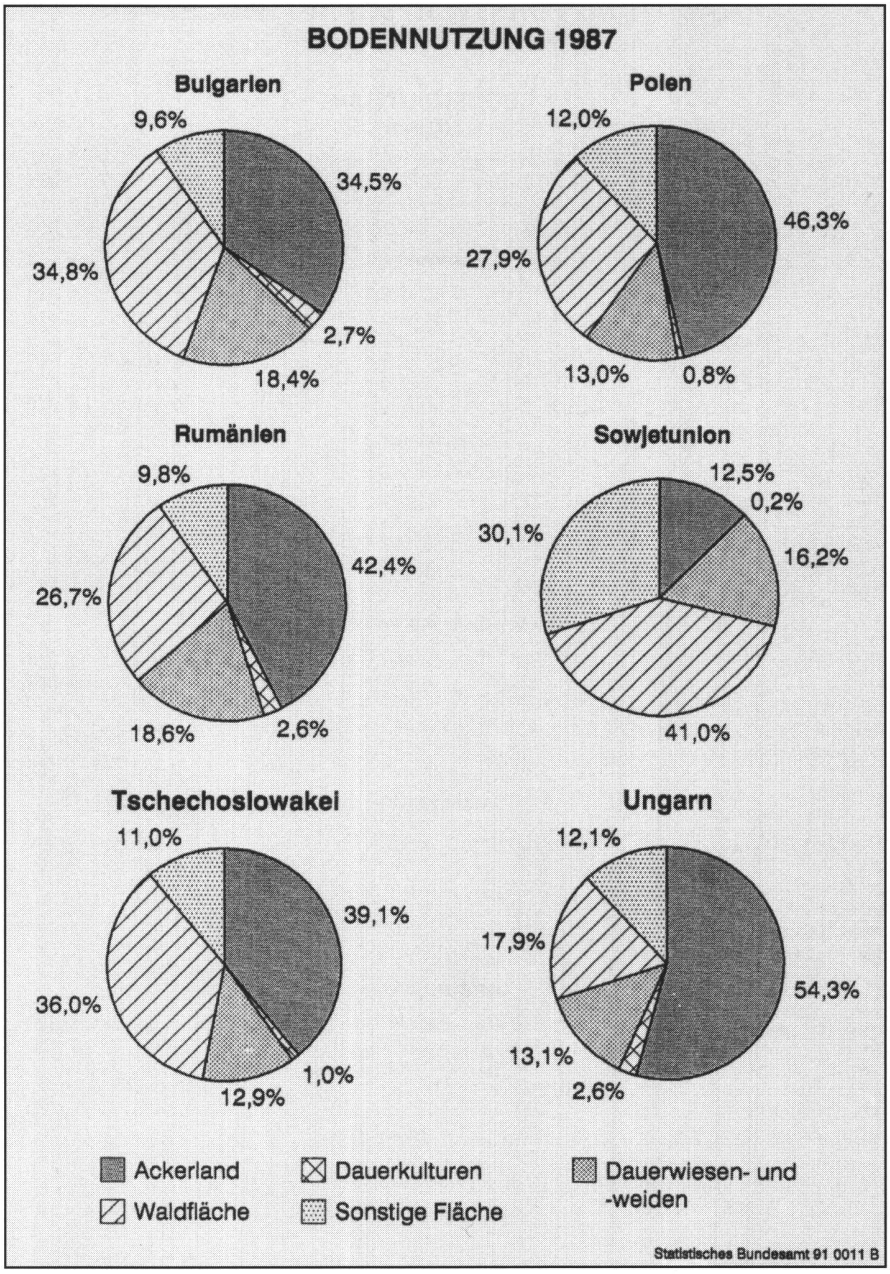

Abb. 2: Bodennutzung: Vergleich der mittel- und osteuropäischen Staaten (1987; Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat [2]).
Fig. 2: Utilisation du sol dans les Etats de l'Europe centrale et de l'Est (1987; source: office fédéral de la statistique, Eurostat [2]).
Rys. 2: Porównanie stuktury użytkowania gruntów w krajach Europy Wschodniej i Środkowej [2].

1993 wird mit einem grösseren Exportüberschuss gerechnet. Die Auslandverschuldung ist dennoch erheblich gestiegen.
Die durchschnittliche Jahresinflation sank auf 43%. Für 1993 rechnet die Regierung mit einem weiteren Rückgang der Inflationsrate auf 39% und erstmals mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandproduktes (um rund 2%).
Die sozialen Spannungen werden wohl anhalten, da trotz ersten Symptomen eines wirtschaftlichen Aufschwungs weitere Belastungen der Bevölkerung abzusehen sind. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist Ende 1992 auf 2,5 Mio. gestiegen (rund 13,5%) und dürfte bis Ende 1993 aufgrund der geplanten Beschleunigung der Restrukturierung und Privatisierung der Staatsunternehmen auf etwa 3 Mio. steigen [4].
Der Rückgang der Industrieproduktion scheint zwar überwunden. Zahlreiche noch nicht beseitigte strukturelle Ursachen der Krise verdüstern aber die Aussichten auf einen dauerhaften Aufschwung. Den Aufschwungsignalen stehen weiterhin Krisensymptome gegenüber wie etwa Staatsdefizit, mangelnde Steuererträge, mangelnde Erträge der Wirtschaft, Gefahr einer erneuten Beschleunigung der Inflation, geringer Zufluss von Krediten an die Wirtschaft, geringer Bedarf an Investitionen, Senkung der Reallöhne, schwierige Lage der privaten Haushalte.

Wirtschaftliche Annäherung an den Westen

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Polens ist unübersehbar nach Westen orientiert. EG und NATO sind bestimmende Perspektiven für Polen. Daneben werden die Verbindungen mit den bisherigen Partnerländern neu definiert und z.B. in der CEFTA neu gefestigt. Auf der Ebene der Wojewodschaften sind grenzüberschreitende Kontakte sowohl nach Westen als auch nach Osten im Entstehen. Die westlichen Wojewodschaften engagieren sich in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Deutschland, die östlichen interessieren sich für eine engere Kooperation mit der Ukraine und Weissrussland.

Ostmitteleuropäische Freihandelszone

Polen und Ungarn sowie die Tschechische und die Slowakische Republik unterzeichneten im Dezember 1992 in Kraków (Krakau) einen Freihandelsvertrag, der am 1. März 1993 in Kraft trat. Die Ostmitteleuropäische Freihandelszone (Central European Free Trade Area; CEFTA) mit rund insgesamt 65 Mio. Einwohnern soll später auch auf Slowenien und Kroatien ausgeweitet werden. Bis 2001 sollen die gegenseitigen Zölle und Handelshemmnisse für Industrie- und Agrarprodukte abgebaut werden.
Allerdings weist der Handel zwischen diesen Staaten eine sinkende Bedeutung auf. Die früher starke wirtschaftliche Verflechtung der Comecon-Staaten ist nach dem Zusammenbruch des Comecon und dem Übergang auf die Verrechnung in konvertibler Währung stark zurückgegangen. Die gegenseitigen Handeslanteile liegen heute bei ca. 5% (im ehemaligen Comecon noch bei ca. 10%).

Assoziierung mit der EG

Die Assoziierungsabkommen mit der EG haben höhere Priorität und Bedeutung. Ende 1991 haben Polen und Ungarn mit der EG Assoziierungsverträge abgeschlossen. Innert zehn Jahren sollen stufenweise eine Freihandelszone eingerichtet und weitreichende Liberalisierungsschritte im Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr sowie politische, finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit verwirklicht werden. Das Abkommen ist «asymmetrisch», d.h. dass die EG ihre Zölle und Quoten für osteuropäische Produkte schneller abbaut als dies in umgekehrter Richtung der Fall ist.

Freihandelsverträge mit der EFTA

Ende 1992 schloss Polen mit der EFTA einen Freihandelsvertrag ab, der am 1. März 1993 in Kraft trat. Nach einer 10jährigen Übergangsfrist sollen auch hier offene Märkte für industrielle und gewerbliche Güter bestehen; der Agrarhandel soll bilateral liberalisiert werden.

Ausblick

Polen hat 1992 als erstes der Reformländer einen Anstieg der Industrieproduktion und des Bruttoinlandproduktes verzeichnet. Die Triebkräfte dieser Erholung liegen im rasch wachsenden privaten Sektor, aber auch in der Tatsache, dass sich gemäss jüngsten Untersuchungen (Weltbankstudie u.a.) inzwischen auch viele Staatsunternehmen an das neue marktwirtschaftliche Umfeld angepasst haben.
Diese ersten Signale einer wirtschaftlichen Erholung könnten durchaus als Auftakt zu einer intensiven Wachstumsphase interpretiert werden, falls die Stabilisierungspolitik fortgesetzt werden, die Liberalisierungserfolge konsolidiert und die institutionellen Reformen vollendet würden, meinte kürzlich der polnische Oekonomieprofessor Leszek Balcerowicz, der 1989–1991 erster Finanzminister war, anlässlich eines Vortrages in Wien.
Polen blickt optimistisch in die Zukunft: «Erstmals seit zwei Jahrhunderten ist die ‹Geographie› für die Polen kein Trauma mehr. Man fühlt sich nicht mehr eingekeilt von zwei mächtigen Nachbarn, sondern entdeckt eine Brückenfunktion zwischen Ost und West für sich. Es gibt also allen Grund zu sagen, dass dieses so stürmische Jahrhundert für die Polen hoffnungsvoll ausklingt. Kein geringer Trost in Zeiten des Umbruchs...» [6].

Literatur:

[1] Statistisches Bundesamt, Eurostat: Länderbericht, Polen 1992, Wiesbaden 1992.
[2] Statistisches Bundesamt, Eurostat: Länderbericht, Staaten Mittel- und Osteuropas 1991, Wiesbaden 1991.
[3] Statistisches Zentralamt GUS, Warszawa 1992.
[4] Zentrales Planungsamt CUP, Warszawa 1992.
[5] F. Pelzer: Polen, Wissenschaftliche Länderkunden, Band 36, Darmstadt 1991.
[6] A. Krzeminski: Polen im 20. Jahrhundert, München 1993.

Adressen der Verfasser:

Thomas Glatthard
Dipl. Kulturing. ETH
Brambergstrasse 48
CH-6004 Luzern

Dr inż. Zenon Pijanowski
Institut für Melioration der Land- und Forstwirtschaft an der Landwirtschaftlichen Akademie Kraków
Al. Mickiewicza 24/28
PL-30-059 Kraków